

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formal: „Freiburger Zeitung“)

Annoncenpreis:

12 Monate 8 Monate 4 Monate 3 Monate 1 Monat
Schweiz: Fr. 17.- Fr. 9.- Fr. 5.- Fr. 3.- Fr. 2.-
Schweiz: 81.— 16.— 8.— 5.— 3.—
Die Sonntagsnummer allein: Fr. 8.— Fr. 5.—
Wochenausgabe bis 212.— Bet der Woch. seit 20 Fr. mehr.
Wochenausgabe bis 100.— Bet der Woch. seit 20 Fr. mehr.
der Bevölkerung aufzugeben, und das 10.— Wochenausgabe zu
erfolgen. Wochenausgabe bei der Deutschen, Österreichischen
Städte, Salzburg, Wien, Prag und Karlsruhe.

Abonnementpreis:

Bei der Union Freiburg:	
Fr. 10.—	10.—
Holzende Inseraten:	15.—
Bei der Schweiz:	25.—
Bei der Rückland:	30.—
Belgien:	50.—

Redaktions- und Verwaltungsbüro: Berlesestraße 38, Freiburg (Schweiz) Telefon 4.00. Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweizer Annoncenexpedition A.G. Telefon 1.25

Parteitag der schweiz. konservativen Volkspartei. I

(Mitteilung des Parteipräsidiums.)

Das Zentralkomitee der schweizerischen konservativen Volkspartei hat beschlossen, auf den 1. und 2. Juni einen Parteitag nach Zürich einzuberufen. Es ist folgende Tagesordnung vorgelegt:

Beginn der Tagung: Sonntag, den 1. Juni, nachmittags halb 2 Uhr im Hotel „Union“. — Abends 7 Uhr: Nachessen (nach eigenem Belieben der Teilnehmer). — 8 Uhr: Freie Vereinigung im Hotel „Union“.

Eröffnung der Verhandlungen: Montag, den 2. Juni, morgens halb 8 Uhr im Hotel „Union“. — Schluss der Tagung vormittags 11 Uhr.

Um Zeit für die wünschbare Aussprache der Delegierten zu gewinnen, wird von ausführlichen, orientierenden Referaten über die verschiedenen Verhandlungsgegenstände Umgang genommen, dafür werden aber die Anträge des Zentralkomitees in nachstehender Tafel detailliert zum Voraus mitgeteilt.

Tafel:

1. Diskussion und Beschlussfassung über:

A. Revision der Bundesverfassung. Einleitungsvotum von Nat. Nat. G. Döschener, Präsident der schweizerischen konservativen Volkspartei.

Antrag: Der Parteitag stellt in Bezug auf die Revision der Bundesverfassung in erster Linie folgende Forderungen: Sicherung und Festigung der Unabhängigkeit der schweizerischen Eidgenossenschaft; Wahrung der politischen und finanziellen Selbständigkeit der Kantone; Durchführung der notwendigen sozialen Reformen im Sinne der Gerechtigkeit für alle Stände und der Klassenversöhnung; Ausmerzung der konfessionellen Ausnahmeverhältnisse und Sicherung der konfessionellen Rechtsstellung.

B. Soziale Reformen. Einleitungsvotum von Redaktor G. Baumüller, Kantonsrat, Zürich.

Antrag: Der Parteitag verlangt zur Hebung der Volkswohlfahrt und in Berücksichtigung einer notwendigen Reform des Armenwesens in Kantonen und Gemeinden die Einführung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung und fordert die gleichzeitige Lösung der Deckungsfrage in der bezüglichen Versorgungsbestimmung. Als leitende Grundsätze für diese Postulate bezeichnet der Parteitag: Allgemeine Volksversicherung ohne Abgrenzung auf bestimmte Klassen. — Besondere Berücksichtigung nicht nur der Arbeiter und Angestellten, sondern auch der selbstständig erwerbenden, weniger bemittelten Leute in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe. — Angemessene Mitteilung der Versicherten. — Abfluss der Beitragsteilung von Bund, Kantonen und Gemeinden je nach Vermögen und Einkommen der Versicherten und je nach der Bemessung der Beitragspflicht der Arbeitgeber. — Erhöhung der Arbeitgeber-Beitragspflicht für den bürgerlichen, gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand. — Durchführung der Versicherung unter Vermeidung einer zentralistischen Organisation und soweit möglich auch ohne zentralisierte Anstalt. — Sicherung der Mitarbeit der freien und berufständischen Kassen. — Freiwillige Mehrversicherung bei privaten Institutionen. — Ausdrücklich direkter Bundessteuern bei der Deckung.

Der Parteitag unterstützt die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit für die industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft unter folgenden Gesichtspunkten: Die Gesetzgebung soll bei Aufstellung bestimmter Normen unterscheiden zwischen Großunternehmungen und kleinen Betrieben in Industrie und Gewerbe unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der letzteren. — Verbesserung der Ruhestandsversicherung. — Schutzbestimmungen gegen den Mißbrauch verkürzter Arbeitszeit, insbesondere bei Jugendlichen.

Der Parteitag verlangt eine gerechte Gestaltung der Lohn- und Erwerbsverhältnisse der arbeitenden Klassen gemäß den Forderungen

der sozialen Enzykliken Leo XIII. — Er begrüßt die Errichtung eines eidgen. Sozialamtes. — Die Regelung dieser Reformen soll durch Bundesgesetz und nicht durch Bundesbeschluß mit Dringlichkeitsslösung erfolgen. — Der Parteitag verlangt vermehrten Schutz der Jugendlichen, der Frauen und der Heimarbeiter und untersagt die Bestrebungen auf Regelung der Arbeitslosenfürsorge, dringt aber auf eine

Ausführung, die vor Mißbrauch derselben zu partei-politischen Zwecken und vor Ermutigung zur Nichtstuerkei sichert, und fordert ferner, daß ein Hauptgewicht auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gelegt und beim Bezug der Arbeitgeber zur finanziellen Belastung die wirtschaftliche Tragfähigkeit der kleinen handwerklichen, sowie gewerblichen Betriebe in billiger Berücksichtigung gezogen wird.

Der Parteitag erhält in den jetzt angestrebten Reformen betr. Arbeitszeit, Lohnfrage, Arbeitslosenfürsorge usw. nicht die endgültige Lösung dieser Forderungen. Eine solche erscheint ihm, sofern sie glücklich sein soll, nur erreichbar, wenn sie auf dem Wiederaufbau einer staatlichen, berufsständischen Ordnung mit öffentlich-rechtlichem Charakter dieser Organisationen und einem berufsständischen Selbstbestimmungsrecht beruht. Er fordert die Aufnahme von Vorarbeiten für diese Ordnung.

Der Parteitag verlangt die Unterstützung der Siedlungs- und Eigenheimbestrebungen, sowie des Ausbaues der Wohnungspolitik durch den Bund, die Kantone und Gemeinden; ferner eine gerechte, unsere schweizerischen Verhältnisse berücksichtigende Stellungnahme zur Frage einer Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenchaft sowohl als des Staates bei den Aktiengesellschaften und den Großunternehmen überhaupt. — Er verlangt überdies die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Staat, um gegen schädliche Monopolisierungen einzutreten zu können.

Der Parteitag fordert Maßnahmen zum Schutz des Kleinbürgerlichen Eigenbetriebes, überhaupt eine Agrarpolitik, die den Fortbestand eines kräftigen, sozial gesetzten schweizerischen Bauerntums und die Erhaltung der für die Landwirtschaft notwendigen Arbeitskräfte sicher.

Der Parteitag verlangt unterschiedenes Festhalten an der unersättlichen christlichen Grundlagen der Ehe und Familie. Er lehnt das Fraueneigentum in der Form der absoluten Gleichstellung der Frau mit dem Manne ab, tritt aber für ein politisches Mitbestimmungsrecht der Frau in allen Fragen, bis ihr Geschlecht direkt berühren, ein.

Er verlangt vermehrte Ausübungsfreiheit des Staates für einen sittlich und physisch gesunden Volksstand, Maßnahmen gegen den künstlichen Geburtenrückgang und das „Kinderlosesystem“, sowie auch zur wirksameren Bekämpfung der Tuberkulose und des Alkoholismus.

Der Parteitag begrüßt die Schaffung einer Hilfsklasse für das eidg. Personal.

C. Nationalversammlung. Einleitungsvotum von Ständerat F. W. Münig, Luzern.

Antrag: Der Parteitag fordert die kantonalen Parteiorganisationen auf, im Hinblick auf die Tragweite der zum ersten Mal nach Propriis stattfindenden Nationalratswahlen im Oktober ohne Säumnis die Vorarbeiten aufzunehmen, damit nach Stimmen- und Vertreterzahl die konservative Volkspartei ihrer vollen Bedeutung nach zur Geltung kommt; es sind nach Möglichkeit in allen Kantone eigene Listen aufzustellen.

D. Revision der Parteistatuten und Festlegung des Arbeitsprogrammes. Einleitungsvotum von Nat. Nat. H. von Matt, Stans.

Antrag: Der Parteitag erteilt dem Zentralkomitee den Auftrag, eine Durchsicht der Parteistatuten vom 22. August 1912 vorzunehmen und ein den aktuellen Verhältnissen der Nachkriegszeit entsprechendes Arbeitsprogramm zur Vorlage an den nächsten Parteitag auszuarbeiten.

2. Erstwahlen für drei verstorbene Mitglieder des Zentralkomitees (Vorstandmann Conrad, Paray, Nationalrat Stein-

hauser, Chur, Nationalrat Tissières, Martigny).

Die Wichtigkeit dieser Tafel kann nicht durch Parteileitung große Bedeutung. Es wird eine Ehrenfahrt unserer kantonalen Organisationen und unserer interkantonalen Verbände und Vereine sein, vollzählige Delegationen zu entsenden.

Belgien und Holland.

Haag. In einer amtlichen Mitteilung des Ministeriums des Auswärtigen über die Verhandlungen der Pariser Konferenz wegen der Revision der Verträge von 1893 wird unter anderem aufgeführt: Van Narembe erklärt, die Regierung sei bereit, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einzustimmen, daß in dem gegenwärtigen territorialen Verhältnis keine Änderung eintrete. Van Narembe betonte die Notwendigkeit der Wiederherstellung des seit längerer Zeit erschütterten gegenseitigen Vertrauens zwischen Belgien und Holland.

Ablehnende Antworten.

Dem Grafen Brodorff wurden im Augenblick seiner Abreise noch zwei Antwortnoten des Ministerpräsidenten Clemenceau überreicht, die nach Spa mitgenommen wurden. Die eine beantwortet die deutsche Note über die wirtschaftlichen Bedingungen, die andere ist der Notenwechsel über den deutschen Völkerbundsentwurf. In ihr stellt sich die Entente wieder auf den Standpunkt, Deutschland auf ihren ursprünglichen Entwurf zu verweisen und spricht nicht von dem wesentlichen, der Ausnahme Deutschlands in den Bund. Deutscherseits wurden im Laufe des gestrigen Tages abermals 2 Noten überreicht. Hierin kommt die deutsche Delegation auf die internationale Arbeitergesetzgebung zurück und widerlegt die in der alliierten Note neu ausgesprochene Behauptung, daß die Frage des Arbeiterrights und des Arbeiterschutzes durch den Entwurf der Entente in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise gelöst sei. Sie betont im Gegenteil, daß eine Gesetzgebung, die die Rechte der Arbeiter materiell regelt, nur in der deutschen Note vorhanden ist und verlangt erneut mit Nachdruck die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern anderer Länder zur Friedenskonferenz. Die zweite Note behandelt ausführlich die Frage des Privateigentums. In dem Vertragsentwurf der Entente ist das Prinzip der Unantastbarkeit des Privateigentums durchbrochen, indem das deutsche Privateigentum im Ausland zur Deckung der Kriegskosten herangezogen werden soll. Auch hier ist die Entente völlig einseitig verfaßt, während doch das wesentliche der Willenspunkte Gleichberechtigung ist.

Der Parteitag verlangt die Unterstützung der Siedlungs- und Eigenheimbestrebungen, sowie des Ausbaues der Wohnungspolitik durch den Bund, die Kantone und Gemeinden; ferner eine gerechte, unsere schweizerischen Verhältnisse berücksichtigende Stellungnahme zur Frage einer Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenchaft sowohl als des Staates bei den Aktiengesellschaften und den Großunternehmen überhaupt. — Er verlangt überdies die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Staat, um gegen schädliche Monopolisierungen einzutreten zu können.

Der Parteitag fordert Maßnahmen zum Schutz des Kleinbürgerlichen Eigenbetriebes, überhaupt eine Agrarpolitik, die den Fortbestand eines kräftigen, sozial gesetzten schweizerischen Bauerntums und die Erhaltung der für die Landwirtschaft notwendigen Arbeitskräfte sicher.

Der Parteitag verlangt unterschiedenes Festhalten an der unersättlichen christlichen Grundlagen der Ehe und Familie. Er lehnt das Fraueneigentum in der Form der absoluten Gleichstellung der Frau mit dem Manne ab, tritt aber für ein politisches Mitbestimmungsrecht der Frau in allen Fragen, bis ihr Geschlecht direkt berühren, ein.

Er verlangt vermehrte Ausübungsfreiheit des Staates für einen sittlich und physisch gesunden Volksstand, Maßnahmen gegen den künstlichen Geburtenrückgang und das „Kinderlosesystem“, sowie auch zur wirksameren Bekämpfung der Tuberkulose und des Alkoholismus.

Der Parteitag begrüßt die Schaffung einer Hilfsklasse für das eidg. Personal.

C. Nationalversammlung. Einleitungsvotum von Ständerat F. W. Münig, Luzern.

Antrag: Der Parteitag fordert die kantonalen Parteiorganisationen auf, im Hinblick auf die Tragweite der zum ersten Mal nach Propriis stattfindenden Nationalratswahlen im Oktober ohne Säumnis die Vorarbeiten aufzunehmen, damit nach Stimmen- und Vertreterzahl die konservative Volkspartei ihrer vollen Bedeutung nach zur Geltung kommt; es sind nach Möglichkeit in allen Kantone eigene Listen aufzustellen.

D. Revision der Parteistatuten und Festlegung des Arbeitsprogrammes. Einleitungsvotum von Nat. Nat. H. von Matt, Stans.

Antrag: Der Parteitag erteilt dem Zentralkomitee den Auftrag, eine Durchsicht

2. Die deutschen Vorschläge wegen der Zusammensetzung und dem Verfahren eines ständigen internationalen Justizhofes werden vom Rat des Völkerbundes später geprüft werden.

3. Die allgemeine Durchführung des Prinzips des obligatorischen Schiedsgerichtes ist in der vorgeschlagenen Weise gegenwärtig unverfügbar. Die Kommission führt den obligatorischen Appell an ein Schiedsgericht vor. Die Einrichtung eines ständigen Justizhofes wird der weiteren Entwicklung des Gedankens förderlich sein.

4. Die Kommission steht der Mehrzahl der Vorschläge betreffend Freiheit der Durchsetzung des Verkehrs und der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen der verschiedenen Länder wohlwollend gegenüber. Entsprechende Abmachungen werden gegenwärtig erwogen und dem Völkerbund unterbreitet werden.

5. Die Alliierten anerkennen in allgemeiner Weise die Wohlbegündetheit des Vorschlags, daß dem zwiederlegenden Staate die Kosten und Schäden aufzuerlegen sind, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus solchen Verfehlungen gegenüber dem Vertrag erwachsen. Innerhalb vertraut die Kommission darüber, daß der Völkerbund in dem bebaueten Falle einer solchen Verfehlung wirksame Maßnahmen vornehmen wird, und sie hält es deshalb nicht für nötig, die Bestimmungen des Paktes in diesem Sinne abzuändern.

6. Die Kommission nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Tatsache, daß die deutsche Regierung dem Abrüstungsgebot symatisch gegenübersteht. Sie weiß darauf hin, daß im Pakt Vorschläge an die Mitglieder des Völkerbundes auch beim Projekte über die internationale Abrüstung vorgenommen sind.

7. Die Kommission nimmt die deutschen Vorschläge betreffend das Verfahren gegen die fehlbaren Mitglieder des Völkerbundes zur Kenntnis. Sie ist jedoch der Ansicht, daß ein wirtschaftlicher, automatisch einschreitender Druck auf die Parte zu widerhandelnden Staaten, im Zusammenhang mit den erforderlichen internationalen militärischen und maritimen Maßnahmen, ein schneller und wirtschaftlicher Erfolg zu verzeichnen scheint, als die deutschen Vorschläge.

Die Beratungen in Spa.

Spa, 24. Mai. ag. (Wolfi). Heute fanden in Spa im Hotel der Waffenstillstandscommission Besprechungen zwischen den entsandten Kabinettsmitgliedern unter Führung des Ministerpräsidenten und der deutschen Delegation aus Versailles statt, in denen volle Übereinstimmung über den Wortlaut der deutschen Vorfälle festgestellt wurde. Am Donnerstag haben die deutschen Delegierten mit dem Reichsfinanzminister die finanziellen Vorschläge zum endgültigen Abschluß gebracht. Die Übereichung der Gegenvorschläge, die ungefähr einen Umsatz von 80 Schreibmaschinenseen erhalten wird, ist in Vorbereitung. Die Minister und die Delegierten sind heute abend nach Berlin und Versailles zurückgekehrt.

Eine rege Phantasietätigkeit.

Der „Tempo“ ist der Ansicht, es wäre von Nutzen Österreich bei der Beilegung seiner finanziellen Schwierigkeiten zu helfen, um so Bayern, Sachsen und Hannover anzureizen, das preußische Fisch abzuschütteln. Der „Tempo“ sagt, man solle die Kriegsschulden Österreichs unter die Staaten verteilen, die sich auf seine Kosten unabhängig machen. Er führt hinzu, daß die Aufrechterhaltung Österreichs angeht sei, ein Band zwischen Frankreich und Italien zu bilden, und die Union Österreichs durch das deutsche Reich zu verhindern. Diese Aufrechterhaltung Österreichs wird dazu dienen, die Einreisung der Schweiz und einen Angriff auf Italien vorzubereiten. Der „Tempo“ schlägt vor, daß sich England, die Vereinigten Staaten und Frankreich verbinden sollen, um die Beilegung des Rheins zu garantieren, und auf diese Weise ihr gemeinsames Recht zu verteidigen, im Falle Deutschlands durch irgend ein Mittel suchte, die Lage zu ändern, welche der Vertrag mit Öster-

reich

Achtung!

Solidesten Marken Velos &

bestem Vertrauen beim Unter-

nehmen. Da finden Sie stets große

Auswahl.

COSMOS —

1. Schweizer-Märkte,

Adler, Görcke

u. Militär-Rab mit geliehenen

Mäntel und Schläuche Michelin

ETIK

etik-Artikel, Fournitures und

billigsten Tagespreisen. 1000

Umtausch.

TAZ, Mechaniker,

tatt: Alpenpass, FREIBURG,

reich schaffe, sowie auch, wenn dies der Fall sein sollte, mit den andern Gebieten, die zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörten, denn die Franzosen haben ein berechtigtes Interesse daran, daß Deutschland von den italienischen Ebenen und von der Adria fern gehalten wird, wie auch England und Amerika Interesse daran haben, daß es von den französischen Ebenen und dem Aermelkanal ferngehalten wird.

Ausland

Die Parade. Brüssel, 24. Mai. ag. (Havas.) Zu Hinblick auf die von den Alliierten für den Fall der Nichtunterzeichnung des Friedens durch Deutschland vorgesehenen Maßnahmen wurde die Entlassung der Fahrgäste 1907, 1908 und 1909 bis zur Wiedereinführung normaler Verhältnisse verschoben.

Fiume wird unabhängig. Mailand, 24. Mai. Der Korrespondent des "Popolo d'Italia" telegraphiert aus Rom: Von amerikanischer Quelle wird versichert, daß die Lösung der adriatischen Frage die folgende sein wird: Fiume wird eine unabhängige Stadt; Italien verzichtet in Dalmatien auf den Distrikt Knin; Zara und Sebenico werden einer Spezialregierung unterstellt.

Amerika will nicht. Dem "Tempo" wird aus Washington gemeldet: Die Regierung der Vereinigten Staaten erkennt die Regierung Röschkau nicht an. Immerhin sind die Vereinigten Staaten geneigt, die Autorität Röschkau über sämtliche von seinen Truppen besetzten Gebiete anzuerkennen, sofern eine demokratische Regierung über diese Gebiete eingesetzt oder wenigstens Beweise seines guten Willens und seiner Fähigung zu der Leitung einer Regierung leistet.

Stürmische Gemeinderatsitzung in Wien. Am 22. ds. fand in Wien die erste Sitzung der neuwählten Wienergemeinderates statt, wobei es bei der Angelobung der Mitglieder zu erregten Szenen kam, als die tschechischen Gemeinderäte diese in tschechischer Sprache halten wollten.

Der Sozialdemokrat Neumann wurde zum 1. Bürgermeister ernannt. In seiner Rede, worin Neumann die Wahl annahm, entwidmete er in großen Zügen sein Programm. Zum Schluß betonte er unter stürmischem Beifall, daß die Bevölkerung, möge der Friedensvertrag auch ausfallen wie er wolle, festen Willen habe, daß Wien die 2. Hauptstadt der deutschen Republik werde.

Der Sozialdemokrat Ennerling wurde zum 1., der Christlich-Soziale Hög zum 2. und der Sozialist Max Winter zum dritten Vizebürgermeister gewählt. Es folgten programmatische Erklärungen der Parteiführer. Während der Rede des Tschechen Machat verließen die Christlichsozialen und die deutsch Nationalen den Sitzungssaal; da Machat keine Reaktion tschechisch will, entzog ihm Neumann das Wort. Die Sitzung wird daraus geschlossen.

Vollschwätzkrieg. ag. (Num. P. B.) Der Bericht des rumänischen Generalstabes meldet vom 18. Mai: Wir haben der Theiß entlang zahlreiche feindliche Angriffe zurückgewiesen. Am 17. Mai sind wir endlich lampionslos in die alte rumänische Stadt Arad eingezogen. Die Gesamtzahl der während den letzten Kriegsoperationen gegen die ungarischen Volksbewegungen von unseren Truppen gemachten Gefangen beziffert sich auf 1132 Offiziere und 7818 Mann. Der Einzug der rumänischen Truppen in Arad vollzog in großen Grenzen die Besetzung der von den Rumänen nördlich des Marosdusses beanspruchten Gebiete.

Munitionslager explodiert. Vilse, 24. Mai. ag. (Havas.) Am Freitag Nachmittag lag zwischen Bahnhof und Steinberg ein Munitionslager auf mehrere Kilometer in die Lüft. Die Explosionsnähe dauerten mehrere Stunden. Man befürchtet, daß es unter den chinesischen Arbeitern mehrere Opfer gegeben hat. Die Explosionsnähe dauern mit anhaltender Stärke an.

Gestern Mittag ereigneten sich weitere Explosionen im Munitionslager von Quartier, die eine Panik hervorriefen. Der Zugverkehr auf der Linie Gent-Brüssel ist unterbrochen.

Beschiedene Meldungen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg bestätigt, wie die Berliner "Vorzeitung" mitteilt, einen längeren Erholungsaufenthalt in der Schweiz zu nehmen, da er seit Kriegsbeginn nur einmal 14 Tage lang keinen Dienst tat. Er hat bei der zuständigen Schweizer Stelle um die Einreiseerlaubnis nachgefragt.

Brüssel, 24. Mai. ag. (Havas.) Der "George Washington" ist hier eingetroffen.

Paris, 23. Mai. ag. (Havas.) Der technische Leiter der Chemischen Gesellschaft der Rhônefabrik, Rötscher, ein gebürtiger Schweizer, wurde zum Ritter der Ehrenlegion ernannt.

Paris, 24. Mai. ag. (Havas.) Laut "Petit Parisien" wurde Brüsseler ausgewiesen, weil er im Laufe eines Besuchs im Schloss von St. Germain zu entweichen versucht. Das Blatt vermutet, daß er die Absicht hatte, sich

nach Paris zu begeben, um den Friedensvertrag mit gewissen Personen zu besprechen, mit denen er vor dem Kriege in Beziehungen stand. Er hoffte durch deren Vermittlung Milbemühungen der Friedensbedingungen zu erhalten.

Schweiz

Das schweizerisch-deutsche Wirtschaftsabkommen. Wie man vernimmt, soll der Abschluß des neuen schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommen in den nächsten Tagen erfolgen. Bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Abkommen seien seit etwa 2 Wochen die Exporte aus der Schweiz nach Deutschland fast vollständig eingestellt worden. Es ist zu erwarten, daß das Abkommen sofort nach Abschluß der Debatte, wie das letzte schweizerisch-französische Abkommen, mitgeteilt wird.

Der Stadtrat von Bern beschloß in seiner Sitzung vom 23. Mai zu jähren der Gemeindeabstimmung im Juni, die Errichtung von 78 Gemeindewohnungen in 15 Häusern im Gebiet der Gemeinde Blümpliz. Der benötigte Kredit beträgt Fr. 1,720.000.

Aushebung der Bankgeheimnisse. Die Demokraten des Werdenbergs beschlossen, eine Bewegung auf Aushebung des Bankgeheimnisses einzuleiten, um so den Steuerhinterziehungen besser auf die Spur zu kommen.

Gegen die Spielhölle von Campione. Der Tessiner Große Rat stimmte der Motion von Nationalrat Tarchini einstimmig zu, die die Regierung erfuhr, polizeiliche Maßnahmen zu treffen gegen die Gefahr des Casinos von Campione.

Totentafel. Im Spital von Unterlaien ist der 70-jährige, in Touristenkreisen weltbekannte Bergführer Christian Jossi gestorben. Er war in früheren Jahren auch im Himalayagebirge als Bergführer tätig.

Kanton Freiburg

Maisession des Grossen Rates.

Sitzungsbericht vom 23. Mai (Fortf.).

Motionen betre. die Verfassungsrevision.

An der allgemeinen Diskussion nimmt auch hr. Paul Morard teil, der vor zwei Jahren die erste Motion hält, die Revision der Kantonsverfassung eingereicht hatte. Mit Befriedigung konstatiert er, daß die Idee der Verfassungsrevision, trotz der ursprünglichen Bedenken vieler Deutle allgemein angenommen wird.

Die Revisionsforderung der konserватiven Partei zeigt sich in einem andern Lichte

als jene der Opposition, die die ganze Aktion

als Schlachtröhr gebrauchen wollten. Niemand kann heute dem demokratischen Zug

widerstehen.

Man hat gesagt, unsere Motion sei ungünstig gewesen. Ich bin zufrieden, sagte der Redner, daß wir zu einem Resultat gekommen sind. Jedermann hat die erste Motion den Weg gebahnt. Man muß dem Volle mehr Rechte gewähren. Wir wollen keine verkappte Oligarchie. Auch der Staatsbeamte und Magistrat der durch das Volk gewählt wird, ist in seiner Stellung nur stärker. Wenn durch die Revision die Unvereinbarkeit des Grossratsmandates mit den Funktionen eines Staatsrates aufgestellt wird, so ist die Wahl der Staatsräte durch das Volk unumgänglich. Es ist notwendig, daß im Falle eines Konflikts zwischen Parlament und Regierung auch die letztere an das Volk appellieren kann. Daher soll sie durch ihre Wahl ebenfalls die Kontrolle des Volkes passieren. Die Haupsache ist nun, daß eine Kommission eingesetzt werde, welche alle Motoren prüft und an der nächsten Session Bericht und Antrag stellt.

Die Erweiterung der Volksrechte bildet das Leitmotiv in allen drei Motoren. Diese Gemeinsamkeit der Auffassung bietet eine wertvolle Garantie für das allgemeine Wohl und den sozialen Frieden des Landes (Beifall).

Hieraus folgen die bereits gemachten Beschlüsse und die Wahl einer 15-gliedrigen Kommission.

in der Proportionalabstimmung nahm ein Teil unserer politischen Führer, eine zweifelnde Haltung ein. Das Volk hat die Frage gleichwohl glatt entschieden und seinen starken, unabhängigen Willen bestimmt. Und am 4. Mai hat das Freiburger Volk trotz der vielen Ungeschicklichkeiten, die während des Krieges von den Organen der Bundesverwaltung begangen wurden, trotz seiner enttäuschten österreichischen Gefügung seine Stimme für die Wiederholung der Kriegssteuer abgegeben, die drohenden Gefahren einer Verwerfung klar erkennend. Solche Beweise politischer Weise beweisen, daß wir Vertrauen haben können in unser Volk.

Heute muß man nun zu einer praktischen Lösung gelangen. Im praktischen Vorgehen ist der Redner mit den Anträgen der Motionsäste durchaus einverstanden. Der Große Rat soll sich aussprechen ob er die beiden Motions in Erwägung ziehen will. Dann sollten alle drei Motions an eine parlamentarische Kommission gewiesen werden, welche in der Herbstsession Bericht zu erläutern hat.

Dieser Modus ist in der Tat nötig. Da die Revisionsfragen vom Großen Rat zweimal und zwar mit einem Zwischenraum von sechs Monaten behandelt werden müssen, haben wir keine Zeit zu verlieren, wenn das Verfassungswerk bis zu den Gemeinderernebungswahlen, welche 1921 vorzunehmen sind, fertig gestellt sein soll. Die Justizdirektion hat geglaubt, ebenfalls durch einen Vorschlag die Sache fördern zu müssen. — Und nun noch zwei Bemerkungen. Hr. Bortisch hat gesagt, die Einführung der Verhältniswahl könne durch das Gesetz erfolgen. Der Staatsrat ist der Ansicht, daß diese Bestimmung in die Verfassung hineingehört. Es ist auch vorteilhafter, hierüber das Volk zu befragen. Es muß auch mehr geschehen für die Arbeiterklasse. Man muß durch die Tat beweisen, daß die Sozialisten kein Monopol der Sozialfürsorge besitzen. Die sozialen Reformen gehören aber nicht in die Verfassung.

Zum Vorgehen selbst empfiehlt Hr. Deschenaux ebenfalls die Einziehung einer Verfassungskommission. Es wäre in der Tat sonderbar, die Motions wieder an den Staatsrat zurückzuweisen, nachdem 4 Mitglieder desselben den ungewöhnlichen Weg eingeschlagen und als Deputierte eine der Motions unterzeichnet haben.

Die Erweiterung der Volksrechte bildet das Leitmotiv in allen drei Motoren. Diese Gemeinsamkeit der Auffassung bietet eine wertvolle Garantie für das allgemeine Wohl und den sozialen Frieden des Landes (Beifall). Hieraus folgen die bereits gemachten Beschlüsse und die Wahl einer 15-gliedrigen Kommission.

Sitzung vom 24. Mai.

Botsch: Hr. Grand, Vizepräsident.

Zur Verlesung kommt eine Petition der Gemeinde Staffis a. See, welche den Staatsrat erfordert, die landwirtschaftliche Schule von Bettolsheim in den Brohweiler zu verlegen, der infolge der mannschaftlichen Kulturreize, besonders für den Betrieb einer solchen Schule geeignet wäre.

Defektvorlage betre. die Wiederherstellung und Konsolidierung der Kantonsstraße Dödingen-Mürlen unterhalb der Schifffenenbrücke. (Referent: Hr. G. Michel.) Das Hochwasser vom 23./24. Dezember 1918 hatte einen Einschlag der Kantonsstraße Dödingen-Mürlen oberhalb der Schifffenenbrücke aus einer Strecke von 30—35 Meter verursacht. Die Kosten belaufen sich (inflatiose eine Brücke aus armiertem Beton) auf 38,500 Fr., die zu 1/2 vom Staat und 1/2 von den Gemeinden zu tragen sein werden. Das Defekt wird genehmigt.

Der Erhöhung des Budgets der Direction des öffentlichen Bauten um 100,000 Fr. zur Fortsetzung der Walzung der Straße Freiburg-Bottish und den Anlauf eines Lastautos und von einem oder zwei Kiesmühlen. Referent: Hr. Dorché. Der rege Autoverkehr macht eine Verstärkung der Straße nötig. Auch bietet sich mit dem Verlauf der Canons der Armeeverwaltung eine gute Gelegenheit, für den Kanton ein solches zu errichten. Damit dieses aber auch genug Arbeit habe, wird der Anlauf von 1—2 Kiesbrechern nötig. Der Referent wirft auch die Frage auf, ob es nicht angebracht sei, eine Straßenwalze für den Kanton zu errichten.

Der Erhöhung des Budgets der Direction des öffentlichen Bauten noch einmal. Der Direktor der öffentlichen Bauten noch einmal interveniere. Hr. Chauvet unterstellt die Petenten und betont die Wichtigkeit der Erhaltung der Klein-Autobahn. Staatsrat Chauard gibt Kenntnis von den vielen Unterredungen und Besichtigungen und erklärt, daß sich die Gemeinden bis jetzt immer gewehrt haben, diesen Weg zu errichten, obwohl die Geb. Bouverat einen Künft der Erfahrunglosen übernehmen würden. Er nimmt die Motion in dem Sinne entgegen, daß er noch einmal sein Möglichstes tun werde, um zu einem positiven Resultat zu gelangen.

Eine weitere Petition ist eingegangen von den einstigen Lehrern des Waisenhauses Marguite bei Montet. Sie verlangen Gleichstellung in Bezug auf Zulassung der Altersversicherung der übrigen Lehrerinnen und Lehrer. Herr Dorché stellt fest, daß der Staatsrat dieses Instituts schon 1885 als eine gemeinnützige Schule benannt habe, und daß somit die hier angestellten Lehrer in öffentlichem Interesse tätig sind und so mit Recht Gleichstellung zur übrigen Lehrerschaft verlangen. Die Hr. Josse und Blanche teilen ebenfalls diesen Standpunkt. Der Kommissionsantrag, der den Petenten die Beteiligung an der Altersversicherung zugestellt, wird hiermit angenommen.

Tagessordnung für Montag: Petitionen, Steuergesetzentwurf, Kredit für die Arbeitslosen, Kredit für die Ausgaben zur Bekämpfung der Grippe, Ernennung der Kommission zur Revision der Gehälter, Bericht der Staatsbank, Motion Duccord und Kom. betreffend Schulhygiene.

Zur Staatsräte

Nicht um Stellung zu nehmung der politischen Macht zu bestimmen — der Volksrechte eintritt, kann nicht ablehnen, ohne mit dem Gesetz zu geraten — möglicherweise erlaubt zum privaten Interesse der Partei eine Regierung einzutreten.

Es wird in konserватivem Sinne an die radikale Partei vorgelegt, um die regionalen Schulsparten ihres Dienstes frei einzurichten können. Bei Artikel 9 geht die Diskussion lang hin und her. Den einen wird zuviel, den anderen zu wenig reglementiert. Schließlich wird die Diskussion über diesen Artikel verlagert.

Bei Behandlung kommt sodann eine Vorlage betr. Revision der Artikel 85 und 86 des Gesetzes vom 17. Mai 1884 über den Primarschulunterricht. Nach dem Referat von Hr. Glasforn wird die Revision vorlage in allen drei Lesungen angenommen. Darnach erfolgt die Ernennung des Lehrpersonals der Primarschulen; immerhin kann die Dauer von vier Jahren; immerhin kann der Staatsrat nur eine provisorische Ernennung vornehmen, wenn der Mandat nicht die nötigen Garantien bietet.

Der Rat behandelt sodann noch einige Petitionen. Hr. Chatton referiert über die Petition des Lehrpersonals der Primarschulen. Es liegen deren drei vor, nämlich eine vom kantonalen Verbande, dann eine solche von den Lehrern des Deutschen Kreises u. schließlich eine dritte wieder vom kantonalen Verbande, worin dieselbe die Postulate der deutschen Lehrerkonferenz zu der jüngsten macht. Die Kommission will diese Wünsche im bevorstehenden Sinne an die Regierung leiten. Auch die H. Gimmiemann, Gustach und Grand befürworten eine bessere Bezahlung der Lehrer, um einer unhalbaren Lage ein Ende zu machen und den Lehrern die Möglichkeit zu verschaffen, sich ganz der Erziehung der Jugend zu widmen. Herr Grand beantragt, eine parlamentarische Kommission zu ernennen, welche schon bis zur nächsten Session eine vom Staatsrat auszuarbeitende Vorlage zu prüfen habe. Herr Staatsrat Deschenaux erklärt, daß die Erziehungsdirektion bereits eine Vorlage betr. Revision der Lehrerbezahlungen vor einigen Wochen dem Staatsrat vorgelegt habe, daß aber der Staatsrat der Meinung beipflichtete, dieje Vorlage in die allgemeine Bezahlungsreform einzubeziehen. Die Erziehungsdirektion könnte keine Schuld an dieser Verzögerung treffen. Bis zur Durchführung dieser Reform soll den Lehrern im Herbst noch eine besondere Bezahlung zugestellt werden. Daraus wird ein veränderter Antrag Grand angenommen, eine parlamentarische Kommission zu wählen, welche bis zur November session das allgemeine Bezahlungsgebot zu prüfen habe, insbesondere das Lehrerbezahlungsgebot.

Lebendig haben sich die und vorsichtig „hinter dem“ als die Forderung vom V. stellt wurde und getan, als ten und nichts merken“ stark heranwollt, daß die ten auf ihr „Schiff“ fahren“ stellen auch sie sich ein mit Mit der Motivierung von als alse nicht ernst, Ehrensache der konserватiven Volksrechte durchzuführen“ wird. Hr. Grand hätte mitgemacht, wenn au schmollt hätten. — Heute aber ihrer sehr wenige, di men, die Vertreter des Volks und das Volk hat nur einen Nutzen 8 Tagen, ist ein jesself wieder besetzt.

Konservative Volkspar

Gestern nachmittag 3 Uhr gesprächsvertreter Herr Tieraz, Mann zährende Versammlung sprach Hochw. Hr. über Wesen und Zweck der Volkspartei. Klar und nachdrücklich verlangt die Volksrechte durchzuführen die Notwendigkeit einer straff auf der breiten Basis einer und überzeugte die Zuhörer ganz von der Unerschließlichkeit des schluß aller katholischen schließende Diskussion wurde und bezeugte, daß das Zusammenzuliegen, daß eine Ordnung einzutreten entstehen, aber anderseits auch Rechte nicht mehr vorbehalten werden. Auf nach den Volksrechten 63 Anwesende schrieben sich der Ortsleitung ein. Es ein 11-gliedriges Komitee Vertreter aller Stände bestand.

Konservative Volkspar

Die Versammlung der konserватiven Genossen von St. Silvianum präsidiert von Hr. Chauard und dem Präsidenten von Hr. Josse. Der Präsident sprach Hochw. Hr. über die Notwendigkeit einer straff auf der breiten Basis einer und überzeugte die Zuhörer ganz von der Unerschließlichkeit des schluß aller katholischen schließende Diskussion wurde und bezeugte, daß das Zusammenzuliegen, daß eine Ordnung einzutreten entstehen, aber anderseits auch Rechte nicht mehr vorbehalten werden. Auf nach den Volksrechten 63 Anwesende schrieben sich der Ortsleitung ein. Es ein 11-gliedriges Komitee Vertreter aller Stände bestand.

Konservative Volkspar

Die Versammlung der konservativen Genossen von St. Silvianum präsidiert von Hr. Chauard und dem Präsidenten von Hr. Josse. Der Präsident sprach Hochw. Hr. über die Notwendigkeit einer straff auf der breiten Basis einer und überzeugte die Zuhörer ganz von der Unerschließlichkeit des schluß aller katholischen schließende Diskussion wurde und bezeugte, daß das Zusammenzuliegen, daß eine Ordnung einzutreten entstehen, aber anderseits auch Rechte nicht mehr vorbehalten werden. Auf nach den Volksrechten 63 Anwesende schrieben sich der Ortsleitung ein. Es ein 11-gliedriges Komitee Vertreter aller Stände bestand.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Samstag Morgen der protestantischen Kirche.

In normalem Tempo vom Bahnhof die Stadt begann die protestantische Kirche vom Grand'place, dem Gr. gäzin entlang ein Motorwagen vor dem Tramwagen d' wollte. Um eine Radlängs fahrt dieses gewagte Spur fahrt das Motorrad und der aller Gewalt, Kopf voran gefahren. Gestern nachmittag 3 Uhr gesprächsvertreter Herr Tieraz, Mann zährende Versammlung sprach Hochw. Hr. über Wesen und Zweck der Volkspartei. Klar und nachdrücklich verlangt die Volksrechte durchzuführen die Notwendigkeit einer straff auf der breiten Basis einer und überzeugte die Zuhörer ganz von der Unerschließlichkeit des schluß aller katholischen schließende Diskussion wurde und bezeugte, daß das Zusammenzuliegen, daß eine Ordnung einzutreten entstehen, aber anderseits auch Rechte nicht mehr vorbehalten werden. Auf nach den Volksrechten 63 Anwesende schrieben sich der Ortsleitung ein. Es ein 11-gliedriges Komitee Vertreter

vom Großen Rat selbst entdeckt sich Hr. Sturz für Entwicklung der schon bestehenden im Senat, die erneut werden. Gegen die Leidenschaft, allen Gedanken Staatsbank zu zentralisieren ein. Auch die Zentral-Sparinstitute, die in unserer Allgemeinheit dienen, en. Darauf hin wird ein wunsch die regionalen Dienst frei einrichten. Es geht die Diskussion lang an. Darauf wird zweitens, den angesetzten. Schließlich wird diesen Artikel verlegt.

kommt sodann eine Vorlage Artikel 85 und 86 des Gesetzes 1884 über den Primär- dem Referat von Hrn. Lehrpersonals für die Primärschule vor, nämlich eine vom dann eine solche von den Kreisen u. schließlich eine Nationalverbände, worin der deutschen Lehrerförmlichkeit. Die Kommission befürworten. Auch die H. Simmel und Graud befürworten der Lehrer, um einer Ende zu machen und den mit zu verschaffen, sich ganz jugend zu widmen. Herr in parlementarische Kommission welche schon bis zur nächsten Staatsräte auszuarbeiten habe. Herr Staatsrat ist, daß die Erziehungs- Vorlage betr. Revision vor einigen Wochen dem habe, daß aber der Bevölkerung, diese Vorlage Besoldungsform ein- Erziehungsdirektion könne Verzögerung treffen.

g dieser Reform soll den noch eine besondere Trennung werden. Darauf wird Grand angenommen, Kommission zu wählen, Kommission das allgemeine Prinzip habe, insbesondere gefestigt.

ist bekannt, daß eine Menge nach und Kommission eingesetzt und von der Vorausicht, nicht in der Verfassung werden, wird darin die permanente parlamentarische Lang, welche die sozialen Gesetze zu studieren

Kommission die Petition der beiden Staatsräte erfüllen, und die benachbarten Städte einen Weg zu ihrer

ferent, Hr. Bovet, in dem Sinne, daß der beiden Städte noch einmal hofft unterführt die die Wichtigkeit der Industrie. Staatsrat aus von den vielen Un- wichtigkeiten und erklärt, es bis jetzt immer ge- legt zu errichten, obwohl neuen Fünftel der Erstellen würden. Er nimmt nun entgegen, daß er noch nichts tun werde, um zu es zu gelangen.

on ist eingegangen von des Kaiserhauses Ma- verlangen Gleichstellung und Auffassung der Alters- gen Lehrerschaft. Hr. St. der Staatsrat dieses als eine gemeinsame und das somit die hier öffentliche Interesse Recht Gleichstellung zu erlangen. Die H. St. ebenfalls diesen Stand- antrag, der den Pe- an der Altersversicherung mit angenommen.

Montag: Petitionen, die für die Arbeits- Ausgaben zur Belohnung der Kommiss. Gehälter, Bericht der Accorder und Kom. be- stimmt.

Zur Staatsratskandidatur.

Nicht um Stellung zu nehmen gegen die Vertretung der politischen Minderheit in den kantonalen Behörden — was für die Erweiterung der Volksrechte eintritt, kann diese Forderung nicht ablehnen, ohne mir selbst in Widerspruch zu geraten — möchten wir uns eine Bemerkung erlauben zum Beschluss der konser- vativen Fraktion des Großen Rates, der der radikalen Partei eine Vertretung in der Regierung einräumte.

Es wird in konservativen Kreisen erzählt, man habe sich deshalb zur Abreitung eines Sieges an die radikale Partei entschlossen, um zu verhindern, daß die letztere Obstruktion mache gegen die Verfassungsrevision. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß dies das Motto sei, das die konservative Fraktion zu ihrem Beschluss bewog. Aber das Gericht zitierte

in Stadt und Land, obwohl die regionalen Dienst frei einrichten. Darauf wird zweitens, den angesetzten. Schließlich wird diesen Artikel verlegt.

kommt sodann eine Vorlage Artikel 85 und 86 des

somit vor ihm lag das demolierter Rad und der verunglückte Fahrer, der mit einem Bein noch unter das Gangzeug zu liegen kam.

Unter den vielen Zeugen dieses traurigen Zwischenfalls befand sich auch Musikprofessor H. P. Abbé Bovet, der sich sofort des Verunglückten annahm und ihn mit Hilfe einiger Personen auf das Trottoir vor dem Tempel brachte. Der Verunglückte war ansangs vollständig bewußtlos und blutete stark aus einer tieften Kopfwunde. Als er einige schwache Zeichen des zurückkehrenden Bewußtseins gab, berührte Hochw. H. Bovet diese Gelegenheit, ihm die Siegerabsolution zu erteilen. Unter Leitung des hergeholtene Arztes Dr. Buman wurde nun der Verunglückte ins Bürgerhospital getragen. Der unglaubliche Fahrer war der 35jährige Joseph Fontana, Elektriker und Betriebshändler in der Alpenstrasse, ein auch im Seefeldbezirk bekannter Geschäftsmann.

Im Spital stellte Dr. Buman fest, daß Hr. Fontana einen schweren Schädelbruch erlitten hat. Der Verunglückte ist dann noch am gleichen Tage seinen Verleihungen erlegen.

Herr Fontana war ein allgemein geschätzter und beliebter Mann. Die Teilnahme mit der betroffenen Familie ist allgemein.

Ein tödliches Ende

nach dem Unfall des Hrn. Lottaz, von dem wir in der Donnerstag-Nachricht berichtet haben. Bekanntlich fiel Hr. Lottaz, als er am Dienstag von Neufchâtel nach Lausanne fuhr vom Auto. Am Freitag ist er seinen innerlichen Verleihungen erlegen.

Neueste Meldungen

Montag, 6 Uhr morgens.

Eine "Aenderung" des Entwurfes.

Paris, 26. Mai. (Havas.) Wie ber "Temps" erzählt, hat der Viererrat die Bedingungen des Rücktrittsentwurfes der Saargruben in dem Sinne abgeändert, daß Deutschland, falls nach 15 Jahren die Volksabstimmung Wiederaufschluss an Deutschland verlangt, sie mit einer Geldentschädigung zurückzufauen kann. Diese Rückflusssumme muß nicht in Gold erzielt werden, sondern Deutschland kann sie durch andere Zahlungsmittel u. a. auch durch eine Hypothek auf Vermögen und Einkünfte erledigen. Es werden natürlich weitere Maßnahmen getroffen werden, falls Deutschland nicht zahlen würde.

In Versailles.

Versailles, 25. Mai. ag. (Havas.) Brodorff und vier andere Bevollmächtigte sind um 11 Uhr 45 von Spa nach Versailles zurückgekehrt. Der sechste Delegierte, Melchior, wird morgen mit der Finanzkommission zurückkehren.

Der amerikanische Senat kritisiert

Wilsons Friedenspolitik.

London, 24. Mai. ag. (Reuter.) Im Senate in Washington griff Sherman das Projekt des Völkerbundes an und brachte einen Antrag ein, den Friedensvertrag vom Völkerbundspakt zu trennen, damit der Senat sich getrennt über die beiden Vorschläge aussprechen könnte. Er schuldigte Wilson an, er gebe Großbritannien nach und er führe das Land zu einer Politik, die es verpflichten kann, Millionen von Soldaten ins Ausland zu schicken. Der Vatt erniedrigt die amerikanische Republik zu einem Vasallenstaat, der sich immer nach den letzten Delikten des Rates in Gefahr richten muss. Die Völkerliga verträgt Polen, besticht China und verleugnet Italien. Johnson fordert die Mitteilung des vollständigen Textes des Friedensvertrages.

Der Demokrat Hichcock trat dafür ein, daß der Antrag Johnsons an das Komitee zurückgewiesen werde, da der Senat bis jetzt nie verlangt habe, daß ihm der Friedensvertrag vorgelegt werde, bevor er definitive Gestalt besitzt. Lodge sagte, es sei keineswegs ungewiss, die Mitteilung des Friedensvertrages zu verlangen, da er ja jetzt in Deutschland von jedem Kramer gelesen werde.

Das italienische Problem.

Rom, 25. Mai. ag. Für gehörten Abend war ein Ministerrat angefecht, der in dessen im letzten Augenblick abgelehnt wurde.

Der "Popolo Romano" stellt folgende Satzung für die Lösung des Problems auf: Wenn nicht vollständige Annahme der Forderungen Italiens bezüglich Italiens, so doch eine der Würde des Landes entsprechende Annahme derselben. Verkürzung unserer Grenzen in Eritrea, Libyen und Tripolitanien als Ausgleich für die koloniale Vergütung Frankreichs und Englands.

Eine pfälzische Republik.

Berlin, 25. Mai. ag. Die "Pfälzische Zeitung" erzählt aus Karlsruhe, daß bei den Lösungsbemühungen der Pfalz, Regierungspräsident Winterstein, der sich dem Putzversuch dieses gewidmete Spiel. Das Tram erschaffte das Motorrad und der Fahrrad wurde mit aller Gewalt, Kopf voran, auf das Straßensegel geplattiert. Der Tramwagen stoppte auf heute erwartet.

Die ersten Schritte der österreichischen Friedensdelegation.

Wien, 24. Mai. ag. (W. R. B.) Die deutsch-österreichische Friedensdelegation rückte an das Sekretariat des Friedenskongresses eine Verhandlung ein, wonach die Vertreter der sozialdemokratischen Volkspartei im Nationalrat gehalten sein sollen, eine geschlossene programmatische Haltung einzunehmen.

Die Walliser Bischofsfrage.

Sitten, 25. Mai. ag. Der Große Rat des Kantons Wallis beschloß nach Ablösung des Kommissionsreferenten und des Staatsrates dem Bataillon zur Kenntnis zu bringen, daß der Heilige Stuhl ergebnis eingeladen werde, der Beauftragung der Diözese rasch ein Ende zu bereiten. Der Große Rat sagt in seinem Schreiben, daß er die Erklärung des Staatssekretärs bezüglich des Nationalitätsprinzips dahin auslege, daß der Bischof im Kanton Wallis gebürtig sein werde. Die Regierung wird sich mit dem Staatssekretariat in Verbindung setzen, um so ihre Wünsche bezüglich der Wahl des Kandidaten und der Errichtung einer Art Konföderation zum Ausdruck zu bringen, das die Beziehungen zwischen den weltlichen und kirchlichen Behörden regeln wird.

Ernennung.

Bern, 24. Mai. ag. Zum Zielvertreter des Abteilungsschefs für das Rechtswesen bei der Generaldirektion der Schweiz. Bundesbahnen wurde gewählt Herr Dr. jur. Ch. Colomby von Provence (Waadt).

Bereitschafts-Meldungen.

Athen, 26. Mai. ag. Die gerichtlichen Verhandlungen gegen die Mitglieder des Kabinets Stavridis wurde in Anbericht der Richter verschieben können.

London, 26. Mai. (Reuter.) Wie die Adressatinn meint, wurde der amerikanische Flieger Howlett von einem holländischen Dampfer aufgenommen. Ein englischer Torpedojäger hat ihn bereits an Bord genommen.

Autounfall. Berlin, 24. Mai. ag. Gestern abend fuhr ein Auto zwischen Rummel und Bregenz in die Zunge einer elektrischen Leitung, schlug sie vom Boden weg und überstürzte dann. Der Fahrer konnte unverletzt abspringen, während die drei Damen im Auto schwer verletzt wurden. Die eine wurde mit einem Schädelbruch nach Bielatal transportiert und schwiegt in Lebensgefahr, die beiden anderen haben Armbrüche und innere Verletzungen erlitten.

Infanterievolle Warnungen.

Lausanne, 25. Mai. ag. (Tsch. P. B.) Die "Radio Lido" meldet: Die Arbeiterschaft errichtete vor dem Rathaus einen Galgen und geleitete die Stadtbeamten Schleich- und Kettenhändler durch Später dahin. Sie ließ sie hier sinnerem Bucher abschwören und übergab den Galgen hieraus der Stadtverwaltung, welche ihn als Wahrzeichen aufrecht lassen soll. Die Demonstrationen ließen ohne die geringste Auseinandersetzung ab.

Schweizer. Unfallversicherungsanstalt. Der schweizerischen Unfallversicherungsanstalt wurden aus den vier ersten Monaten des laufenden Jahres, d. h. genau bis Samstag, den 26. April, insgesamt 33.444 Unfälle, worunter 102 Todessfälle, gemeldet. Davon sind Betriebsunfälle 32.837, worunter 12 Todessfälle, und Nichtbetriebsunfälle 5607, worunter 29 Todessfälle.

Die Gesamtzahl der der Anstalt seit ihrer Betriebsübernahme (1. April 1918) gemeldeten Unfälle beläuft sich damit 147.692 (494 Todessfälle); es entfallen davon auf die Betriebsunfälle 126.736 (329 Todessfälle) und auf die Nichtbetriebsunfälle 20.956 (174 Todessfälle). Die Zahl der der obligatorischen Versicherung unterliegenden Betriebe beträgt 33.452.

Freiburger Marktbericht.

Es galten auf dem Gemüsemarkt am Samstag, den 24. Mai 1919.

Cier, 1: 35. Mongols, p. Bund: 15—25. Kartoffeln, v. 5 L.: 1 Fr. Sauerkraut, p. Zeller: 20. Käse und Käse, per K.: 50.

bis 70. Schwamme, per D: 80—90.

Blumenkohl, per K: 1.20. Rhabarber, per B: 15—25.

bis 2. Spargeln, per Bund: 1.70.

Rüben, per Bd: 1.50. Getreide, Brotzeit, 1 kg.: 1.50.

Knoblauch, per Bd: 1.10. Getreide, Kleißelschnitz 1 kg.: 2.80—3.20.

Spinat, p. Käse: 20. Käse (div. Sorten), p. 5 L:

1.25. Zwiebeln, p. Kg: 60. Birnen, p. Stück: 10.

Blätter, p. Bd: 10—15. Orangen, p. Et: 10—25.

Für die Redaktion verantwortlich:

Jos. Bauchard; Dr. Fr. Wagner.

Des Lebens Quelle

liegt unstrittig in einer gesunden und geregelten Verdauung, denn davon hängt zum größten Teile das Wohlbefinden des Menschen ab. Wer also an Magenbeschwerden verbunden mit Leibesverstopfung, Unbehagen, Hämorrhoiden etc. leidet sollte die weltbekannte Apotheker Richard Brand's Schweizerpille anwenden, welche die genannten Leiden und Nebel rasch und sicher beseitigen. Die Schachtel mit Etiquette "Weißes Kreuz im roten Feld" und Unterschrift "R. Brand" à Fr. 1.25 in den Apotheken.

B I O M A L Z

von mächtig anregender- u. anhaltender Wirkung ist im Frühjahr eine Kur mit BIOMALZ

Wer Biomalz einige Zeit regelmäßig nimmt, merkt bald die ausgezeichnete Wirkung dieses bekannten Kräftigungsmittels. Man lebt förmlich auf und fühlt sich geradezu wie verjüngt. Doch spürt man die Wirkung nicht nur innerlich. Nach dem Gebrauch weniger Dosen wird auch das Aussehen besser — und blühender und das ist der augenscheinliche und unzweifelhafte Beweis dafür, daß Biomalz das hält, was es verspricht. — Ueberall käuflich. Billig im Gebrauch.

642

Todes-Anzeige

Wir machen hiermit allen unseren Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unseren lieben Gatten und Vater,

Herrn Joseph Fontana

Mechaniker-Stellmacher

am 21. Mai, im Alter von 51 Jahren, verschon mit den heiligen Sterbekramen, aus dem Leben abzuberufen.

Grau Noja Fontana
und Verwandte.

Die Beerdigung findet statt morgen, Dienstag, 27. Mai, um 8 1/2 Uhr, in der St. Niklaus-Kirche in Freiburg.

Diese Anzeige gilt als Leidjätsler.

R. I. P.

Bergweide

zu verkaufen

Die zwei im Pfälzerwald schön gelegenen Bergweiden "Wusia" mit einem Inhalt von 160 Jucharten Weideland und 40 Jucharten zum Teil sehr schönem Wald werden hiermit zum Verkaufe ausgeschrieben. Auf diesen für 70 Rinder genügend Sommerung bietenden Weiden stehen zwei große, gut unterhaltene Sennhütten, welche mit gutem Trinkwasser reichlich versehen sind. 1229

Weitere Auskunft erteilt bereitwilligst die Spar- und Leihkasse Düdingen.

Stachelzanddraht
erste Qualität
mit 2 und 4 Spalten.
Haspel von 10 u. 52 Kilos
dazu passende

Agraffen

Ermäßigte Preise

E. WASSMER, A.-G.,
FREIBURG

Heimwesen

Zu verkaufen 15 Minuten von Memund, ein gutes Heimwesen von 20 Jucharten an einem Stück, Fachhaus in gutem Zustand und mit großem Obstgarten. — Die laufende

Größe von 10 Jucharten in Sen und End würde dem Neheimer überlassen.

Eintritt im Frühling 1920. 1331

Sich wenden an Mr. M. Chatton, Notar, in Memund.

Fürsorgestelle für Tuberkulosenkranke

6 Perollesstrasse 6

Gratis ärztliche Untersuchung jeden Freitag, von 4 Uhr an; Krankenpflegerin jeden Dienstag, von 4 Uhr an.

Lebensmittel-Karten-Ausgabe für den Juni

in den gewöhnlichen Lokalitäten aufgenommen für das Burgquartier, wofür das Gerichtshaus-Lokal im Erdgeschoss gelten wird.

Ausgabe-Tage:

Mittwoch, 28. Mai, für die Buchstaben A. B. C. D. E. F. G.

Freitag, 30. Mai, für die Buchstaben H. I. J. K. L. M.

Samstag, 31. Mai, für die Buchstaben N. O. P. Q. R. S. T. U. V. W. X. Y. Z.

Jedermann ist gebeten, seine Karten in den bezeichneten Lokalitäten einzulösen.

Die Zusatzkarten werden durch die Brotkartenstelle bis zum 10. dieses Monats ausgegeben.

Gemeinde St. Ursen

Die Straßenerbeiten und Orientierungen beginnen nach gleichen Ansätzen wie letztes Jahr, am Montag, den 26. Mai, und sollen am 7. Juni beendet sein. Nicht ausgeführte Arbeit wird auf Kosten der Gemeinde beforgt werden.

St. Ursen, den 24. Mai 1919.

Der Gemeinderat.

Blumenfreunde!

Schöne Blumen

in allen Arten und Sorten
sowie

Sommerslor u. Gemüseschlüsse

finden Sie bei

Ch. HERTIG, Gärtner
Elswyl bei Schmitten.

Zu vermieten
für nächsten 25. Juli, oder zu verkaufen

Bäder vom Funiculaire

Sich zu wenden an die Schweiz. Volksbank in Freiburg.

Schuhwaren = Extra Qualität =

Unterzeichnet verkauft starke

Manns-Schuhe

in Wuchs- und Strudleder, mit gefüll. Zunge,
2 Sohlen und Kappennägeln
zum Preis von Fr. 35.— und 37 50.

Schöne Sonntags-Schuhe

ohne Futter, mit Kappe.

Preis Fr. 32.

Bei Bestellung genaue Nummer angeben.

Es empfiehlt sich

1352

Louis Rolly, Schuhmachermeister,
Tafers.

Zu verkaufen

Weso

bei Meisslin Jakob im Freib.
bei Tafers. 1355

Gesucht

nach Zugern, aufrichtige

Tochter

gesetzten Alters, für Küche
und Haushalt, der schönen
Kunst und guter Behandlung.

Gute Beugnisse oder Ein-

zeichnungen erwünscht.

Offertern an 1336

J. Lüttengenberger-Baumeyer,

Gäuerer-Conditarei,

Anzern, Sempacherstr. 17.

1356

gesuchten Alters, für Küche
und Haushalt, der schönen
Kunst und guter Behandlung.

Gute Beugnisse oder Ein-

zeichnungen erwünscht.

Offertern an 1336

J. Lüttengenberger-Baumeyer,

Gäuerer-Conditarei,

Anzern, Sempacherstr. 17.

1356

gesuchten Alters, für Küche
und Haushalt, der schönen
Kunst und guter Behandlung.

Gute Beugnisse oder Ein-

zeichnungen erwünscht.

Offertern an 1336

J. Lüttengenberger-Baumeyer,

Gäuerer-Conditarei,

Anzern, Sempacherstr. 17.

1356

Das Lebensmittelamt

der Gemeinde FREIBURG

bringt hiermit dem Publikum zur Kenntnis, daß es von

Freitag, den 30. Mai an in der

Metzgerei FASEL, Präfekturgasse

gekloppter Kabeljau zu Fr. 3.— per Kilo.

und Kohlrabi zu Fr. 2.20 per Kilo.

verkauft wird.

Man ist gebeten, das Einpackpapier selbst mitzubringen.

Bestellungen über 10 Kilos können von obigen genannten

Tagen an bei **Herrn. Woffet**, Mehger, gemacht werden.

Rebultions- und Be-

An die Gewebe des Sens

Wir können heute fei-

nehmen, ohne darin an-

oder Beihilfe eines Ver-

gangen, seien sie nun pol-

oder ideeller Natur, zu

Ergebnissen Anzeichen

den Siegeslauf der Orga-

nität auf allen Gebi-

Beiläufig. Der französi-

reiche Revolu-

tionsgeist alle jün-

dahinsegte, ist als unha-

nd mit jedem Tage wir-

ihm zu Grabe verfragen.

zurück. des Wirtschaftslebe-

zum Gemeindelands-Prin-

der herzlichen Solidari-

ties grobstötige Thys-

polit. diese Friedens-

weltgewaltige Kämp-

und Besieg, wird allerding-

men nicht wieder aufer-

denktionsverschärfungen, die vo-

ren Verkehren verhüten.

hoffnungen dieser Art.

rustischen Zusammenhän-

Geitschen begriffen, aus-

lung allein eine Erhal-

ter Betriebsformen mö-

Der schrankenlose Gei-

Erwerbstätigkeit seitige

19. Jahrhundert, derar-

bald wieder Gründungs-

pfung ins Leben traten.

tätigkeiten der Schweiz ho-

tionen nach drei Haupt-

lässt. Wir haben heute e-

nsktion, eine achtunggebie-

ten und eine Parti-

tion, die im national-

Ausbildung findet im scha-

und Industrieberein einer

gerischen Gewerbe-

seits. Welches sind die Si-

nationen? Ausnahmen dahn,

eine wirtschaftlich

reichen, ihre Mitglieder

festzuhalten, sieben, für

Erwerbstätigkeit zu be-

rennen Einsicht auf das offe-

te. Der schweizerische G-

schließt heute über 200

000 Mitgliedern ein.

werden ihm aus der con-

trete zahlreiche Kräfte zu-

streift war der Macchiato